

Spalten füllten, tat ihre Häufigkeit und ihre harmlos erscheinende, unauffällige Einbettung in den übrigen Nachrichtstoff ihre nachhaltige Wirkung, bis sie sich zu einer jener „anderen Entwicklungen“, auf die Goldhagen verweist, verstärkten. Schließlich flossen sie nicht selten zusammen mit Darstellungen „typisch jüdischer“ Physiognomien und dem öffentlichen Absingen jener unsäglichen antisemitischen „Lieder“.

Derartige Einflüsse pflegen sich in den Menschen einzunisten und festzusetzen, sich gegenseitig zu verstärken, Bedenken wegzuschwemmen und am Ende auf Abruf tötlich umsetzen zu lassen. Einen solchen gleitenden Übergang vom „harmlosen“ eliminatorischen zum gewalttätigen Antisemitismus wird in einem „Mahnwort“ des mecklenburgischen Landesbischofs zu den November-Pogromen 1939 deutlich, abgedruckt in dem weitverbreiteten evangelischen Sonntagsblatt *Pflugschar und Meißel* (18.11.1938). Es bezweckte, „den deutschen Menschen dazu zu verhelfen, daß sie ohne falsche Gewissensbeschwerden getrost alles daransetzen, eine Wiederholung der Zersetzung des Reiches durch jüdischen Ungeist von innen her für alle Zeiten unmöglich zu machen.“ Die Zumutung und Hinnahme solcher Mahnungen durch einen beachtlichen Teil der evangelischen Bevölke-

rung, ihre Pastoren und Kirchenleitung, setzt eine über lange Zeit aufgebaute Prädisposition voraus.

Die heftigen Reaktionen gegen Goldhagen erinnern mich an die ebenso emotionale Zurückweisung des Begriffes „Kollektivschuld“ nach Ende des 2. Weltkrieges. Zu keinem Zeitpunkt habe ich diese Abwehr nachvollziehen können. Immer erschien sie mir - und erscheint mir noch - als Weigerung, die volle Verantwortung für das Geschehen zu übernehmen. Der Begriff Kollektivschuld schloß immer die ehrenvolle Würdigung von geleistetem Widerstand und erlittenem Unrecht nicht aus, sondern ein. Hinter diesen Protesten verbarg sich für mein Empfinden - und Erleben - populistisches Denken. Sie meinten letztlich auch ein Ausweichen vor der ganzen schmerzlichen Wahrheit. Hier liegt eine jener Lebenslügen, die unsere Republik vom Anfang an begleitet und die ihr so wenig gutgetan haben. Vielleicht wird dieser Stempel am deutlichsten sichtbar an dem sogenannten Stuttgarter „Schuldbekennnis“ der evangelischen Kirche. Es dürfte an der Zeit sein, daß sich Wissenschaftler verschiedener Disziplinen gleichberechtigt zu einer besseren Zusammenarbeit beim Umgang mit dem Nationalsozialismus und dem Antisemitismus bereifinden.

Gerhard Hoch

REZENSIONEN

Pinneberg im Nationalsozialismus

Auf Beschluß des Pinneberger Kreistages vom 2. September 1987 sollte die NS-Geschichte des Kreises in Form einer Dokumentation „aufgearbeitet“ werden. Frank Will übernahm die Aufgabe,

Daten und Fakten zu sammeln, ungesichtete Akten auszuwerten und Zeitzeugen zu befragen, um ein möglichst präzises Bild der Jahre von 1933 bis 1945 im Kreis Pinneberg zu gewinnen.

Das Ergebnis seiner Arbeit liegt nun schon länger als Buch vor. In zwei großen einleitenden Kapiteln beschreibt der Verfasser zuerst die Geschichte des Kreises von 1867 bis 1929 und fokussiert die Endphase der Weimarer Republik mit ihrer Radikalisierung der Politik und dem Aufstieg der NSDAP auch im Untersuchungsgebiet.

Analog der historischen Entwicklung zeichnet Will dann die Gleichschaltung, die Stabilisierung des Regimes, die Herrschaftsstruktur von Partei und angeschlossenen Organisationen sowie den Weg in den Krieg und die Ereignisse der Jahre 1939 bis 1945 nach. Erfreulich ist, daß der Autor in seiner Beschreibung sehr direkt ist, d.h. sich - soweit es ohne nähere Überprüfungen festgestellt werden kann - nicht hinter Anonymisierungen oder ausweichende Formulierungen zurückzieht, sondern um große Präzision und Faktendichte bemüht ist. Besonders die regionale Presse erwies sich für ihn als wichtige Quelle, da auch für den Kreis Pinneberg die Aktenbestände der NS-Zeit in großem Maß zerstört worden sind.

Wo es ihm aufgrund der Faktenlage möglich ist, behält Will sowohl die nationale als auch die Personengeschichte im Blick. Vergleichswerte illustrieren die jeweiligen Verhältnisse - etwa Wahlergebnisse, Mitgliedergrößen von Partiegliederungen u.ä. - vor dem Hintergrund des gesamten Dritten Reiches. Sofern es die Kenntnislage zuläßt, stellt der Verfasser die politischen Karrieren maßgeblicher Aktivisten - beispielsweise des als Kreisleiter und Landeshandwerksmeister tätigen Ingenieurs Ferdinand Schramm, des Bürgermeisters Paulsen oder des Landrats Duvigneau - in den Gesamtzusammenhang.

Mit diesem ausgiebig illustrierten Band liegt nun auch für den Kreis Pinneberg eine umfassende Darstellung der regionalen NS-Geschichte vor, die als Gerüst für eine Reihe wünschenswerter Sonderuntersuchungen etwa zur Verfolgung Andersdenkender, zur kulturellen Gleichschaltung oder der Tätigkeit der Gestapo dienen kann.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung „Ende und Anfang im Mai 1945“ fand sich in Pinneberg eine Gruppe interessierter Männer und Frauen in einer Geschichtswerkstatt von der Volkshochschule zusammen und erarbeitete ein die Ausstellung ergänzendes regionales Fenster „Pinneberg 1945“. Die zusammengetragenen Dokumente, Fotos, Akten und Zeitzeugenberichte bildeten auch die Grundlage für eine Publikation, die das Jahr 1945 und die weitere Entwicklung bis 1950/51 behandelt.

Am Anfang des Buches stehen Auszüge aus Interviews, Briefen und Berichten, in denen - nach thematischen Aspekten geordnet - die Situation bei Kriegsende dargestellt wird. So verdienstvoll es auch ist, privates Material und Erinnerungen als historische Quellen heranzuziehen, haben die Mitarbeiter des Buches doch einen wesentlichen Fehler gemacht: die Auszüge wurden ohne nähere Kennzeichnung oder Kommentierung aneinandergereiht. Es wäre kein Widerspruch gewesen, dem vermutlich geäußerten Wünschen nach Anonymität der Informanten zu entsprechen, aber doch wenigstens Angaben über Alter, Beruf, Geschlecht zu machen. In der vorliegenden Form ist nicht einmal erkenntlich, wieviele Gespräche bzw. sonstige Quellen zugrunde gelegt wurden bzw. wo ein Zitat anfängt und auf-

hört. Durch diesen eher leichtfertigen Umgang mit dem Material werden viele mögliche Rückschlüsse und weitergehende Auswertungen leider verhindert.

Den Hauptteil des Buches machen verschiedene Aufsätze aus, in denen es um die britische Militärregierung, den politischen Neuanfang, die Geschichte der Stadtwerke von 1933 bis 1949, das Bauen in und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, die „Verwaltung“ der Wohnungsnot 1945/46 und das kulturelle Leben nach dem 8. Mai 1945 geht.

Die monographische Darstellung Frank Wills zur eigentlichen NS-Geschichte und die ausführliche Beschreibung der unmittelbaren Nachkriegszeit des Kreises Pinneberg im Buch der Geschichtswerkstatt ergänzen einander, lassen aber auch jeweils die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Arbeitsmethoden erkennen. Insgesamt

wäre eine breitere Dokumentation von Zeitzeugenerinnerungen vor allem bei Frank Will wünschenswert gewesen.

Da die Publikation der Geschichtswerkstatt aus Kostengründen ein fester Rahmen gesetzt werden mußte, konnten nicht alle interessanten und relevanten Dokumente in den Band aufgenommen werden. Sie stehen aber als kopierte Quellensammlung in der Geschäftsstelle der Volkshochschule gegen Entgelt zur Verfügung.

Kay Dohnke

Frank Will: Rechts - zwei - drei. Nationalsozialismus im Kreis Pinneberg. Hrg. vom Kreis Pinneberg. Pinneberg: Eigenverlag des Kreises 1993. 292 S. und Pinneberg 1945. Hrg. von der Geschichtswerkstatt der VHS Pinneberg. Norderstedt: Verlagshaus Meincke 1996. 232 S.

Den Opfern die Namen zurückgeben

In Schleswig-Holstein hat es nur wenig Juden gegeben, und als Ergebnis der systematischen Verfolgung und Vernichtung im Nationalsozialismus sind sie nahezu spurlos aus dem Bewußtsein der Bewohner dieses Landes verschwunden. Nur zaghaft waren bisher die Versuche zur Rekonstruktion dieses Teils schleswig-holsteinischen Lebens, der vor nicht langer Zeit selbstverständlich war und heute so unvorstellbar weit entrückt ist. Fast hat das oft unfreiwillige, mitunter aber auch vorgetäuschte Vergessen der jüdischen Bürger letzte Spuren ihrer Existenz völlig verwischt.

Licht auf diese lange ausgeblendete, verweigerte Historie wirft nun ein Gedenkbuch ganz besonderer Art: Ein

Memorbuch versammelt 1635 Namen von jüdischen Einwohnern Schleswig-Holsteins, die Opfer der Schoa wurden. In mühsamer Arbeit sind diese Namen zusammengetragen, überprüft, verglichen worden, haben bislang unbekannte Opfer zumindest den Namen wiederbekommen, um sie vor dem Vergessen und damit der spurlosen Auslöschung ihrer Existenz zu bewahren.

Auf Namen, Geburtsdaten und Lebensorte - Eckdaten individueller Lebensentwürfe - folgen Stätte und Datum der Deportation, des Todes, Daten des Zwanges, Orte des Elendes und der Gewalt. 16 Namen tragen ein Sternchen; es ist ein vager Hinweis, daß diese 16 Menschen vielleicht doch die Verfolgung überlebt haben. 16 unter 1635.

Hinter den Namen bleiben die Menschen einstweilen unkonkret, ihre Gesichter und Geschichten verborgen. Doch dafür haben die Ortsnamen eine eigentümliche, unerwartete Wirkung: Neumünster, Flensburg, Heide - das klingt vertraut. Gewiß, daß es in Kiel, Lübeck und Rendsburg, in Friedrichstadt, Elmshorn und Glückstadt jüdische Gemeinden gab, ist bekannt. Doch auf Bad Segeberg, Heiligenhafen und Plön zu stoßen, auf Kappeln und Lunden, Hattstedt, Westerland und Ahrensburg - das überrascht. In diesen und weiteren Orten Schleswig-Holsteins haben Juden gelebt, hat es Diskriminierung und Verfolgung jüdischer Bürger gegeben. Und in vielen dieser Orte hat sich Hitlers verbrecherische Politik vollzogen, mit Unterstützung oder doch vor den Augen der Bevölkerung, mochten sie ihre Blicke auch abwenden. Reinbek, Bad Schwartau, Schönberg - Stätten jüdischen Lebens, die wiederzuentdecken sind.

Mit dieser dichten Reihe von Namen verliert die Landkarte jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein nicht nur weiße Flecken, sie wächst auch über die eigentlichen Landesgrenzen hinaus: andere Namen kommen hinzu, Riga, Minsk und Lodz, Auschwitz, Theresienstadt - immer wieder diese Namen. Auch Deportationsziele, Ghettos, Vernichtungslager waren Orte schleswig-holsteinischer Geschichte, sind es jetzt und für alle Zukunft. Wer die Geschich-

te, die hier im Norden ihren Anfang und Verlauf nahm, an den Landesgrenzen aus den Augen verliert, verleugnet das Leben und Sterben dieser Menschen und verweigert ihnen Identität und Andenken.

Das Memorbuch ist ein lange überfälliger Schritt, damit nach über 50 Jahren Hitlers Menschenverachtung nicht doch noch triumphiert. Zumindest ihre Namen werden einigen dieser vernichteten Menschen nun zurückgegeben. Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein bekommt hier Konturen in letzten, fast verwischten Spuren. Und zahlreichen Hinweisen auf weitere jüdische Einwohner ist noch nachzugehen.

Der Aufstellung bisher bekannter Opfer sind neben literarischen Texten auch eine Faksimile-Reproduktion des Israelitischen Kalenders für Schleswig-Holstein des Jahres 1927/28, ein Beitrag zur „Geschichte der Juden in Burg auf Fehmarn“ von Joseph Carlebach sowie eine von Bernd Philipsen zusammengestellte Auswahlbibliographie beigegeben.

Kay Dohnke

Memorbuch zum Gedenken an die jüdischen, in der Schoa umgekommenen Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen. Hrg. von Miriam Gillis-Calebach für den Verein jüdischer ehemaliger Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen in Israel. Hamburg: Dölling und Galitz Verlag 1996. 159 S.

Nationalsozialismus in der Region

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Regionalstudien zum Nationalsozialismus rapide zugenommen. Der überwiegende Teil der neu erschiene-

nen Ortsgeschichten spart die Zeit von 1933 bis 1945 nicht mehr schamhaft aus, sondern versucht, den städtischen oder dörflichen Alltag in dieser Phase

der historischen Entwicklung sowie lokale Besonderheiten herauszuarbeiten. Einerseits stehen dabei Widerständigkeit und Verfolgung durch den nationalsozialistischen Staat im Vordergrund, andererseits wird die Betonung auf die hohe Akzeptanz der faschistischen Herrschaft und ihrer Durchsetzungsstrategien gelegt. Parallel entfalten bereits länger bestehende oder erst neu gegründete regionale Forschungs- und Vermittlungsinstitute zur Geschichte des Nationalsozialismus eine emsige Tagungs-, Publikations- und Vortragstätigkeit.

Die Erträge der Regional- und Lokal-forschung sind beachtlich; tatsächlich kann U. Büttner zugestimmt werden, die im vorliegenden Band schreibt: „In keinem Bereich der Zeitgeschichte haben regional- und lokalhistorische Arbeiten eine solche Bedeutung erlangt wie bei der Erforschung des Nationalsozialismus.“ (S. 87). Da war es eigentlich überfällig, daß das renommierte Institut für Zeitgeschichte in München in Verbindung mit dem Lehrstuhl für Bayerische Geschichte an der dortigen Universität 1993 eine Tagung zum Thema „Nationalsozialismus in der Region“ ausschrieb und durchführte. Die Vorträge dieser Tagung sind im anzuzeigenden Band - zusammen mit zwei Diskussionsbeiträgen - abgedruckt.

Das Vorwort von Horst Möller befaßt sich thematisch mit „Regionalismus und Zentralismus in der neueren Geschichte. Bemerkungen zur historischen Dimension einer aktuellen Diskussion“ (S. 9 - 22); die dem landesgeschichtlich arbeitenden Historiker nicht neuen Erkenntnisse haben vor allem ihren Stellenwert im Rahmen einer Debatte über das Postulat des streng zentralstaatlich organi-

sierten Nationalsozialismus. Im ersten thematischen Block über die Regionalgeschichte des Nationalsozialismus als historiographisches Problem stellt Andreas Wirsching in einem Forschungsüberblick Tendenzen der Forschung und methodische Probleme dar (S. 25 - 46). Zu seinem - nach meinem Eindruck den norddeutschen Raum etwas zu wenig berücksichtigenden - Abriß gibt es zwei Diskussionsbeiträge von Werner K. Blessing und Gerhard Brunn / Jürgen Reulecke, die nachhaltig die Bedeutung der Regionalgeschichte für die Geschichte des Nationalsozialismus unterstreichen.

Ein zweiter Block unter der Überschrift „Regionale Profile des Nationalsozialismus vor 1933“ wird durch die Referate von Hellmuth Auerbach „Regionale Wurzeln und Differenzen der NSDAP 1919 - 1923“ (S. 65 - 85) und Ursula Büttner „Volksgemeinschaft' oder Heimatbindung: Zentralismus und regionale Eigenständigkeit beim Aufstieg der NSDAP 1925 - 1933“ (S. 87 - 96) gebildet. Liegt der Schwerpunkt der erstgenannten Ausführungen auf dem süddeutschen Raum, so versuchen die letztgenannten, die zentripetalen Kräfte des Nationalsozialismus deutlich zu machen und die Berücksichtigung regionaler Eigenheiten höchstens als „symbolische Zugeständnisse an regionale Traditionen“ zu begreifen - ein Ansatz, über den trefflich gestritten werden kann.

Im dritten Block „Zentralismus, partikuläre Kräfte und regionale Identitäten im NS-Staat“ kommen Michael Ruck („Zentralismus und Regionalgewalten im Herrschaftsgefüge des NS-Staates“, S. 99 - 122), Volker Dahm („Kulturpolitischer Zentralismus und landschaftlich-lokale Kulturpflege im Dritten

Reich", S. 123 - 138), Walter Ziegler („Gau und Gauleiter im Dritten Reich", S. 139 - 159), Kurt Düwell („Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates", S. 161 - 174) und Heinz-Jürgen Priamus („Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer", S. 175 - 195) zu Wort. Außer der letztgenannten Regionalstudie handelt es sich hierbei um Überblicksdarstellungen, in denen der bisher erreichte Wissensstand zuverlässig wiedergegeben wird, auch wenn die spezielleren Kenntnisse der Autoren jeweils wieder aus Vorarbeiten in einzelnen Regionen resultieren.

Der vierte Block „Soziale Milieus, lokale Gesellschaft und Nationalsozialismus" vereint Wolfram Pyta („Ländlich-evangelisches Milieu und Nationalsozialismus bis 1933", S. 199 - 212), Cornelia Rauh-Kühne („Katholisches Sozialmilieu, Region und Nationalsozialismus", S. 213 - 235), Jeremy Noakes („Nationalsozialismus in der Provinz: Kleine und mittlere Städte im Dritten Reich 1933 - 1945", S. 237 - 251) und Detlef Schmiechen-Ackermann („Großstädte und Nationalsozialismus 1930 - 1945", S. 253 - 270). Auch diese Beiträge sollen Überblicksdarstellungen sein und erfüllen diese Vorgabe recht gut bis auf Noakes, dessen Städteauswahl etwas eng erscheint.

Der fünfte und sechste Block stellen nationalsozialistische Bewegungen im Ausland (Christoph Boyer und Jaroslav Kucera: „Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der Nationalsozialismus", S. 273 - 285, und Cornelia Wilhelm: „'Deutschamerika' zwischen Nationalsozialismus und Amerikanismus", S. 287 - 302) bzw. das Regionalismusproblem für außerdeutsche

faschistische Regimes (Roger Engelmann: „Regionalismus und Zentralismus in der faschistischen Bewegung Italiens", S. 306 - 312, Walther L. Bernecker: „Regionalismus und Zentralismus im spanischen ‚Faschismus' bzw. im Franco-Regime", S. 313 - 327, und Ernst Hanisch: „Peripherie und Zentrum: die Entprovinzialisierung während der NS-Herrschaft in Österreich", S. 329 - 334) vor.

Der Versuch, sich mit dieser Tagung eine Art Überblick über das Problem von Zentralismus und Regionalismus während der Zeit des Nationalsozialismus nicht nur in Deutschland zu verschaffen, ist gelungen. Jedenfalls öffnen alle Beiträge den Blick auf die beachtlichen regionalen Kräfte, die die nationalsozialistische Zentralgewalt zulassen konnte und wohl auch mußte. Die landesgeschichtliche Forschung wird damit ein weiteres Mal ermuntert, sich noch mehr als bisher der Zeit zwischen 1919 und 1960 anzunehmen und regionale Spezifika der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung herauszuarbeiten.

Daß es dafür gute Ansätze gibt, zeigen regionale Forschungseinrichtungen wie das erst vor wenigen Jahren ins Leben gerufene „Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte", das es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Nationalsozialismus in einer Provinz unter Berücksichtigung seiner weit zurückreichenden Vorgeschichte, aber auch seiner Nachwirkungen zu erforschen. Mir scheint, daß das Begreifen und Verstehen des Aufstiegs und der schließlich so breit akzeptierten Herrschaft des Nationalsozialismus überhaupt nur über regional- und lokalgeschichtliche Herangehens-

weisen bewirkt werden kann. Denn nur damit können Exkulpationsversuche („das geschah alles irgendwie weit weg, in Berlin oder so...“) gründlich desavouiert werden.

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt

Drahtzieher im braunen Netz

Vor drei Jahren erschien das erste Handbuch dieser Art, welches sich speziell und fachkompetent mit dem neofaschistischem Spektrum in der Bundesrepublik beschäftigte („Drahtzieher im Brauen Netz - Der Wiederaufbau der NSDAP“). Damals richtete sich das Hauptaugenmerk der Autoren auf die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, einer von Michael Kühnen geführten Gruppe, die für den Neofaschismus von großer Bedeutung war, weil sie an einem übergreifendem Netzwerk arbeitete und sich als Sammlungsbeziehung verstand, deren letztes Ziel die Wiederzulassung der NSDAP war.

Aufgrund der Verbote gegen verschiedene Gruppierungen und Parteien, der veränderten gesellschaftspolitischen Lage und auch des Todes von Michael Kühnen hat sich die Situation im neofaschistischen Spektrum gewandelt. Im neuen Handbuch wird dem Rechnung getragen: Es beginnt mit einem Überblick zur Lage in Deutschland und Österreich, wobei die Autoren darauf abheben, daß es in beiden Ländern zu einer Verschiebung der politischen Lager nach Rechts gekommen ist, was sie insbesondere an der Asyl- und Ausländerpolitik festmachen: „Heute profiliert sich die Bundesregierung durch eine scheinbar harte Verfolgung von Neonazi-Organisationen. Gleichzeitig läuft die staatliche Maschinerie zur Abschie-

Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, hrsg. v. H. Möller, A. Wirsching u. W. Ziegler. München: Oldenbourg 1996. 350 S.

bung von Flüchtlingen auf Hochtouren.“ (S. 11)

Laut Einschätzung der Autoren haben die Verbote von rechtsextremen Vereinigungen und Parteien die Ausbildung eines rechtsterroristischen Untergrundes („Werwolf-Untergrundstrukturen“) gefördert bzw. sind diese durch Bildung von neuen Gruppierungen umgangen worden, die sich zudem jetzt als Kader neustrukturiert haben und in ihren Überzeugungen gefestigter sind. „Die heute bedeutenden Neonazi-Zusammenschlüsse sind keine Parteizusammenschlüsse, sondern Verbindungen von mehreren streng hierarchischen Kaderstrukturen. [...] Zusätzlich sind verstärkte Anstrengungen zu beobachten, einen paramilitärischen Untergrundflügel aufzubauen.“ (S. 13)

Fraktionsübergreifende Sammlung wird indes nicht mehr über Wahlparteien versucht, sondern über Projekte wie die Nationalen Infotelefone, Mailboxen und Zeitungen. Auch das Nachkriegsnetzwerk, was von ehemaligen Mitgliedern der Waffen-SS aufgebaut wurde, arbeitet noch und ist für die Neonazi-Szene von nicht geringer Bedeutung.

Für Österreich gehen die Autoren intensiv auf die Freiheitlichen (F-Bewegung) des Jörg Haider und dessen Wirkung ein, analysieren die (immer noch weitergehenden) Briefbombenattentate

der Bajuwarischen Befreiungsarmee, weisen auf die Spuren hin, die in die Bundesrepublik führen (S. 15ff.), und gehen auf die Prozesse gegen Gottfried Küssel (VAPO) sowie die Angeklagten im Briefbombenfall ein.

Das Kapitel „Wolfszeit“ (S. 40ff.) beschreibt ein Untergrundkonzept, welches auf den ersten Blick wie eine linke Verschwörungstheorie klingt, sich aber für diejenigen, die sich eingehend mit der rechtsextremen Szene beschäftigen, als durchaus glaubwürdig erweist: „Werwolf-Aktivist*innen sind ‚Feierabend-Terroristen‘, einmal ausgebildet, sowohl ideologisch als auch praktisch, werden sie zu ‚Schläfern‘, um den Einsatzbefehl der Organisationsleitung abzuwarten.“

Und in einem Zitat aus der Feder der Neonazis klingt das dann so: „Wenn das System schon nicht mehr in der Lage ist, sich gegen die kämpferischen Maßnahmen des Werwolfes zu wehren, dann kann es das bestehende politische und wirtschaftliche Chaos erst recht nicht beseitigen und die Verhältnisse zum Guten wenden. Damit ist die nationalsozialistische Revolution gerechtfertigt.“ (S. 55) Die Destabilisierung und Verunsicherung der Gesellschaft sowie die Verbreitung von Angst sollen also einen rechten Politikbild zum weiteren Durchbruch verhelfen und anschließend dann neofaschistische Ideen gesellschaftsfähiger werden.

Wie gegen politische Gegner vorgegangen werden soll, läßt sich anhand der „Anti-Antifaschismus“-Kampagne nachlesen. Ihr Ziel war es weniger, Antifaschisten zu outen, ihnen Angst zu machen und sie zum „Abschuß“ freizugeben, als vielmehr durch ein gemeinsames Arbeiten an einem Projekt die eigenen Strukturen zu festigen und

sich als Opfer, als verfolgter „anständiger Deutscher“ zu gerieren, der sich in „Notwehr“ gegen die „Rotfront“ wehren darf. (S. 60ff.) Diskussionswürdig ist dabei das, was die Autoren zum „bürgerlichen Anti-Antifaschismus“ sagen (S. 71ff.). Hier gehen sie u.a. auf Thesen des Bonner Politikprofessors Hans-Helmuth Knütter ein, der mit Büchern wie „Die Faschismus Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken“ von sich reden machte. Ihm werfen sie vor, der „Enttabuisierung des Faschismus“ Vorschub zu leisten und die Totalitarismus-Theorie neu zu beleben. (Als ein Beleg dafür wird von den Autoren angeführt, daß die rechtsextreme Szene Knütters Bücher gerne vertreibt und diese entsprechend positiv würdigt.)

Die Delegitimierung des historischen Antifaschismus sowie die immernoch fortgeführten Bemühungen der Geschichtsrevisio-nisten wie Rainer Zitelmann, Ernst Nolte und Uwe Backes sowie Eckhard Jesse werden im Anschluß daran beleuchtet.

Diese als Überblick angelegten ersten 80 Seiten des Handbuches sind an sich zwar überzeugend geschrieben und regen zur Diskussion an, doch weisen sie in ihrer Struktur einige Schwächen auf. Gerade für den Leser und die Leserin, die sich noch nicht mit dem Thema beschäftigt haben, dürfte es schwer sein, den verknüpfenden roten Faden zu finden, und für diejenigen, die das Buch wirklich als Nachschlagewerk benutzen wollen, wäre ein besseres Inhaltsverzeichnis (mit Nennung der Unterkapitel!) sowie eine Zusammenfassung am Ende dieses ersten Abschnitts eine Hilfe gewesen.

Es folgen knapp 180 Seiten, auf denen die wichtigsten neofaschistischen

Gruppen und Parteien jeweils in einem Kapitel beschrieben und analysiert werden, wobei darauf geachtet wurde, die Vernetzung und Zusammenarbeit im nationalen und internationalen Raum nicht außer acht zu lassen und die jeweilige Funktion der Vereinigung für das Neonazi-Netzwerk zu verdeutlichen.

Neben in der breiten Öffentlichkeit bekannten Gruppen wie der NPD oder auch der Wiking-Jugend werden u.a. die Nationalen Infotelefone, das Thule-Netz (die neofaschistische Mailbox), die Sozialrevolutionäre Arbeiterfront, der Witikobund und die Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene sowie knapp zwanzig weitere Organisationen, deren Anführer, Ziele und Vorgehensweisen beschrieben. Ein Personen- und Sachregister, Literaturhinweise, ein Anmerkungsapparat sowie eine Liste der regelmäßig erscheinenden antifaschistischen Zeitschriften schließen den Band ab.

„Drahtzieher im braunen Netz“ sei allen diejenigen empfohlen, die sich einen Überblick der Neonazi-Szene verschaffen und ein Nachschlagewerk haben wollen, daß ihnen einen aktuellen Einblick in diese Szene und ihre Aktivitäten geben kann. Die manchmal etwas platte Rhetorik und die verkürzten Schlüsse der Autoren sollte dabei

weder die Leserin noch den Leser abschrecken, denn alles in allem können die Autoren ihr Schlußresümee belegen, das da heißt: „Der organisierte Neofaschismus ist durch die Verbotschwelle in Deutschland in seiner Ausbreitung gehemmt worden, die Gefahr seines Wiedererstarkens ist jedoch keineswegs gebannt. [...] Auf legaler Ebene wird versucht, eine neue Wahlpartei zu etablieren, auf illegaler Ebene wird der Ausbau paramilitärischer Strukturen vorangetrieben. [...] Gefährlich werden diese Nazis, wenn Teile der politischen Klasse mit ihnen verschmelzen. Sobald sich eine ähnliche Interessengemeinschaft wie bei der Kampagne gegen das Asylrecht ergibt, sobald den Neonazis neuer Handlungsspielraum ermöglicht wird, werden sie sich auf der politischen Bühne zurückmelden, und zwar erheblich besser organisiert als Anfang der 90er Jahre.“ (S. 247)

Frank Omland

Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1996. 274 S., zahlr. Abb., Dokumente und Fotos.

Kriminalpolizei, Verbrechensbekämpfung und Zigeunermord

In der Reihe der „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte“ sind im Herbst 1996 zwei neue Bücher erschienen. Beide begeben sich in bisher wenig erforschte Gebiete der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik. Die Themen erscheinen insofern von größerer politischer Relevanz, als die un-

tersuchten Verfolgtengruppen im Nachkriegsdeutschland zum Teil bis heute vergeblich um ihre Anerkennung und Rehabilitierung als NS-Opfer kämpfen.

Es geht um die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, die von Michael Zimmermann unter dem Titel *Rassenutopie und Genozid* untersucht

wurde, und um die Entwicklung der Verbrechensbekämpfung von der Weimarer Republik bis zum Ende des „Dritten Reiches“, die Patrick Wagner unter dem Titel *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher* dargestellt hat.

Die zeitgeschichtliche Forschung hat sich in den letzten Jahrzehnten im wesentlichen auf die Untersuchung der Institutionen konzentriert, in deren Verantwortung die Verfolgung und Vernichtung des europäischen Judentums, sowie die politische Verfolgung Andersdenkender lag. Dieses und auch eine Vielzahl eher opportunistischer Erwägungen verstellten den Blick insbesondere auf die Untersuchung der gewöhnlichen Schutz- und Kriminalpolizei des „Dritten Reiches“. Die Untersuchung von Wagner schließt hier hinsichtlich der Kriminalpolizei die dringlichsten Forschungslücken.

Im Gegensatz zu gängigen Klischees lagen bei der Kriminalpolizei des „Dritten Reiches“ zum einen erhebliche Zuständigkeiten, was die Verfolgung von Gruppen anging, die nicht in die „Volksgemeinschaft“ paßten. Zum zweiten nahm die „klassische“ Verbrechensbekämpfung im „Dritten Reich“ Formen an, die jegliche Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung leugneten.

In seinem Werk *Die deutsche Polizei* schrieb Werner Best 1941, es fehle eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung der Polizei für Eingriffe gegenüber Einzelpersonen, die zur Durchführung der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung notwendig sei. Nach der völkischen Rechtsauffassung seien aber Polizei und Einzelne dennoch zur umfassenden Verbrechensbekämpfung verpflichtet: „Der Auftrag an die Polizei, alle zur Verbrechensvorbeugung erforderlichen

Maßnahmen zu treffen, verpflichtet zugleich die einzelnen Volksgenossen zur 'aktiven' oder 'passiven' Mitwirkung an diesen Maßnahmen; 'passiv' wirkt der Verbrecher mit, der in Vorbeugungshaft genommen wird. Dies ist die Rechtsgrundlage für die Durchführung der Verbrechensvorbeugung durch die Polizei.“ (S. 38)

Als „Verbrecher“ Stigmatisierte waren hier nur noch soweit Mitglieder der Gesellschaft, als ihnen daraus die Verpflichtung konstruiert wurde, „passiv“ an der Verbrechensvorbeugung mitzuwirken, also sich in Haft zu begeben. Die Inhaftierung von Verbrechern aufgrund eines Urteiles wurde überflüssig gemacht durch die Pflicht des Verbrechers als „Volksgenosse“, sich in Vorbeugungshaft nehmen zu lassen. Die polizeiliche Tätigkeit diene hier nicht mehr der Durchsetzung eines Rechtssystems, sondern der Durchsetzung eines völkischen Ordnungsprinzips.

Patrick Wagner untersucht in seiner Studie die Entwicklung der Kriminalpolitik von der Weimarer Republik an bis zur von Best formulierten endgültigen Umkehrung von Rechtsstaatlichkeit. Das Ergebnis ist erstaunlich: Ursache der Entwicklung war weniger die Durchsetzung nationalsozialistischer Leitvorstellungen durch die Rassetheoretiker des „Dritten Reiches“, als vielmehr die Kriminalpolizei selbst, die von den „Fesseln“ des bürgerlichen Rechtsstaats befreit nach 1933 ungehemmt ihre Ordnungsvorstellungen umsetzen konnte.

Der eigentlich innovative Modernisierungsschub erfolgte aber nach Wagner bereits „während und durch die Weimarer Republik“ (S. 40). So ist die „vorbeugende Verbrechensbekämpfung“, die in der massenhaften Zwangseinweisung

von als „Berufsverbrecher“ und „Asoziale“ Stigmatisierten in Konzentrationslager mündete, lediglich die Umsetzung von Forderungen konservativer Kriminaltheoretiker der Weimarer Republik.

Die Frage nach den Kontinuitäten wird von Wagner neu gestellt: Es geht hier um die Kontinuität von Weimar zum „Dritten Reich“:

Die Polizei der Weimarer Republik sah sich einer zunehmenden Kriminalität gegenüber, die sie weniger mit der ökonomischen Situation der Bevölkerung in Verbindung brachte, als mit „verbrecherischen Veranlagungen“ von einzelnen Menschen. Damit erschien die „Verwahrung“ bestimmter Personengruppen als das beste Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität.

Eben diese Bilder ließen sich bestens mit den nationalsozialistischen „Rasse“-Vorstellungen kombinieren. Ergebnis war ein Raster von Personengruppen mit dem gemeinsamen Nenner, daß sie nicht in das Bild der „Volksgemeinschaft“ paßten und entsprechend als „Gemeinschaftsfremde“ oder „-feinde“ stigmatisiert wurden. Die Arbeit der Kripo veränderte sich nach 1933 dahingehend, jene Personengruppen zu erfassen, die nicht den Normen der „Volksgemeinschaft“ entsprachen, und ihnen zunehmende Beschränkungen aufzuerlegen, bis sie letztendlich in Konzentrationslagern verschwanden.

Es ist bezeichnend, daß dieser Aspekt nationalsozialistischer Unterdrückungspolitik erst so spät zum Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschung wurde. Wagner benennt hierfür zwei Gründe:

Zum einen war „die Perspektive vieler Historiker von der Empathie für die aus politischen Gründen Verfolgten geprägt“ (S. 10). In deren Erinnerungen

und Berichten aus den Konzentrationslagern tauchen „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ als Verbündete der Lager-SS auf. Kogon beispielsweise schrieb in *Der SS-Staat* in diesem Zusammenhang von „üblen, zum Teil übelsten Elementen“ (S. 68). „Infolgedessen“ - so Wagner - „drängt es sich als Thema nicht gerade auf, nach den Gründen zu fragen, die diese Menschen ins Lager gebracht hatten.“ (S. 10)

Zum zweiten wurde die mangelnde historische Forschung von den Protagonisten der Kripo genutzt, die Geschichte der Kripo im Nationalsozialismus selbst zu schreiben und sich von Verfolgern zur „verfolgten Unschuld“ (Wagner, S. 10) umzudefinieren. Dies wurde sicherlich auch dadurch unterstützt, daß die Bilder von diesen verfolgten Gruppen auch in der Nachkriegsgesellschaft negativ blieben und die Begriffe „Asozialität“ und „Berufsverbrechertum“ bis heute im gesellschaftlichen Diskurs unhinterfragt weiterverwendet werden.

Zur unzureichenden Aufarbeitung des Themas trug sicherlich auch der Umstand bei, daß bei einer kritischen Überprüfung kriminalpolizeilicher Praxis im „Dritten Reich“ weite Teile der Führungselite der Nachkriegs-Kripo als NS-Täter entdeckt worden wären.

Wagners Buch schließt nicht nur wichtige Forschungslücken. Es gibt auch eine Vielzahl detaillierter - und immer wieder spannender - Einblicke in den kriminalistischen Alltag der Weimarer Republik. Vor allen Dingen aber zeichnet er die Eigendynamik einer Behörde sowie die sich verändernde Wahrnehmung ihrer Mitarbeiter in der untergehenden Weimarer Republik nach. Dieses ist nicht zuletzt anregend

auch für die Betrachtung des derzeitigen gesellschaftlichen Diskurses über Kriminalität.

Die wesentliche Schwäche, die Wagners Buch hat, wird von ihm selbst in der Einleitung bereits benannt: Es ist keine allgemeine Geschichte der Kriminalpolizei der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“, und damit bleiben für die an der Geschichte der Kripo Interessierten zwangsläufig viele Fragen offen. Wagner konzentriert sich lediglich auf einen - zentralen! - Punkt: Es ist die Geschichte einer ihrer eigenen Logik folgenden Behörde, die - ohne die Ursachen geschweige denn den Begriff des Verbrechens zu hinterfragen - „das Verbrechen“ mit polizeilichen Mitteln zu bekämpfen versucht. Der ursprüngliche Titel von Wagners Dissertation, „Kommissar Sysiphus träumt vom letzten Fall“, ist da sicher treffender.

Anders gelagert ist die Forschungsarbeit von Michael Zimmermann. Seine Untersuchung konzentriert sich auf die Geschichte einer Verfolgung. Wie bei Wagner stehen auch bei Zimmermann die „Verfolger“ im Mittelpunkt. Umfangreich untersucht der Autor die Motive, die Entwicklung und den Verlauf der nationalsozialistischen „Lösung der Zigeunerfrage“. Hierbei entstand die wohl umfassendste und genaueste Arbeit, die es zu diesem Thema gibt. Zimmermann untersucht nicht nur die Verfolgung von Zigeunern im „Dritten Reich“ selbst, sondern auch die deutlich anders gelagerte Verfolgung und Vernichtung in den von Deutschland während des Krieges besetzten Gebieten.

Daß der Autor die Bezeichnung „Zigeuner“ verwendet, geschieht bewußt, da deren Bedeutung vielgestaltiger ist als Begriffe wie „Roma und Sinti“.

Gerade die unterschiedlichen Inhalte des deutschen Zigeunerbegriffs erklären die beiden Entwicklungsstränge der Zigeunerverfolgung im Nationalsozialismus. Die Verfolgung von „Zigeunern und nach Zigeunerart lebenden Personen“, wie es exakt im NS-Deutsch hieß, verlief auf zwei Ebenen, die sich erst zu Ende der dreißiger Jahre trafen. Einerseits waren Zigeuner aufgrund ihrer sozialen Unangepaßtheit bereits traditionell im Visier staatlicher Verfolgungsbehörden. Dieses führte im „Dritten Reich“ zu einer Verfolgung im Rahmen der oben bereits beschriebenen vorbeugenden Verbrechensbekämpfung als „Gemeinschaftsfremde“ bzw. schlicht „Asoziale“.

Gleichzeitig wurde nach umfangreichen Untersuchungen der Rassehygienischen Forschungsstelle Robert Ritters eine Verfolgung eingeleitet, deren Grundlage eine festgelegte Rassezugehörigkeit war. In der Absurdität des Rassewahns wurden den „Zigeunermischlingen“ eine größere Gefahr für die Volksgemeinschaft nachgesagt und ihre Deportation vorrangig betrieben, während „reinrassige Zigeuner“ zeitweilig von der Verfolgung ausgenommen waren. Dieses änderte sich erst mit dem „Auschwitz-Erlaß“ Himmlers von 1942, der den Genozid aller Zigeuner einleitete.

Derartige Differenzierungen wurden in den von Deutschland besetzten Gebieten gar nicht erst vorgenommen. Uralte Klischees von bettelnden oder spionierenden Zigeunern reichten für Wehrmacht, Einsatzgruppen und Polizei als Rechtfertigung für Massenerschießungen.

Die Forschungsarbeit Zimmermanns bearbeitet das Thema so exakt und fun-

diert, wie es bisher nicht geschehen ist. Material aus mehr als sechzig Archiven wurde verwertet, hauptsächlich Dokumente der Verfolger, deren Sprache und Duktus immer wieder kritisch reflektiert wird. Heraus kam das Grundlagenbuch für alle, die sich künftig mit der Verfolgung von Roma und Sinti im „Dritten Reich“ beschäftigen wollen.

Stephan Linck

Michael Zimmermann: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“. Hans Christians Verlag, Hamburg 1996. 574 S.

Patrick Wagner: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Hans Christians Verlag, Hamburg 1996. 544 S.